



Ungeschminkt

Zeitung der DKP
für Hanau und Umgebung

Links

Nr. 30

Ausgabe 3 / 2021

STROM KOMMT AUS DER STECKDOSE

Und so kommen die ca. 500 TWh (Terawattstunde) die wir in unserem Land verbrauchen „rein“: Ca. 53% aus fossilen Trägern (Kohle u. Erdgas), 12% AKWs sowie 35% aus erneuerbaren Energien (Windkraft, Photovoltaik, Agrargas, Wasserkraft).



Die Atomkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Grundmemmingen werden Ende dieses Jahrs abgeschaltet. Emsland, Neckarwestheim und Isar 2 werden Ende 2022 folgen: Das sind 12% weniger. Eigentlich kein Problem; produzieren wir doch Strom im Überschuss: 10% werden schon jetzt exportiert und Windräder könnten dies locker ausgleichen. Allerdings laufen die meisten Betriebsgenehmigungen in den nächsten Jahren aus.

Windräder müssen rückgebaut werden und Neue sind auch am selben Standort, wegen geänderter Standortgenehmigungsverfahren, alles andere als sicher.

Die letzten behördlich verfügbaren Daten zeigen einen Neuinvestitionsrückgang von fast 25%

bei Windkraftanlagen und bei der ergänzenden Speichertechnologie von 17,4%.

Eine klimaschonende nachhaltige Energiewirtschaft sollte anders geplant werden. Insbesondere da der Energiebedarf für

Elektrizität nur der kleinste Teil unseres Energiebedarfes von insgesamt etwa 2500 TWh ausmacht.

Sind dies Altlasten einer vergangenen Regierung, der bösen Zungen gar Absicht unterstellen, um mit selbst erzeugten Blackouts den Ruf der „Straße“ nach „sauberen“ Atomstrom zu fordern?

Die Pläne der neuen Regierung sind noch unkonkret. Eine diskutierte

Finanzierung über eine CO2 Steuer lehnt die DKP jedoch ab.



Sie ist zutiefst unsozial und verhöhnt zudem auch noch das Verursacherprinzip.

Laut Berechnungen von Oxfam sind die 10% reichsten der Weltbevölkerung für 50% der CO2 Emissionen verantwortlich. CO2 Steuer betrifft aber vor allem den ärmeren Endverbraucher.

Dass ein kostenneutrales, Menschenleben schonendes CO2 senkendes Verfahren, nämlich das Tempolimit auf Autobahnen, schon im Vorfeld der Regierungsgespräche von der Grüne Spitze verworfen wurde, trägt nicht gerade zum Optimismus eines klimabewussten Menschen bei.

DER GROßE STIEFELABDRUCK



Der Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise ist im Energiebereich gekoppelt an Umwälzungen in der Nutzung fossiler Energien. Die Dampfmaschine bezog ihre innovative Kraft aus komprimierter Sonnenenergie, deren energetisches Potenzial über Jahrmillionen in der Kohle auskristallisierte. Vergleichbares lässt sich über den Verbrennungsmotor und seinen ölbasierten Antriebsstoff sagen. Flapsig formuliert: Das energetische Erbe aus der Welt der Dinosaurier überrollte den feudalen Ochsenkarren, weil dieser an das laufende Energieangebot der Natur gefesselt war.



Die mehr als zweihundertjährige Nutzung fossiler Energien stößt längst an ihre ökologischen Grenzen. Das sechste große Artensterben der Erdgeschichte ist in Gang. Die anlaufende Klimakrise präsentiert erste ökonomische Rechnungen: Extremwetterereignisse gefährden landwirtschaftliche Produktion

und lassen die Arbeitsproduktivität in vielen Wirtschaftsbereichen sinken. Laut der „Kikstra-Studie“ (September 2021) können die Klimaschäden die weltweite Wirtschaftsleistung bis Ende des Jahrhunderts im mittleren Szenario, um 37 Prozent verringern – doppelt so viel wie der Rückgang in der Weltwirtschaftskrise 1929, auf den der Aufstieg des Faschismus folgte.

Das Umsteuern wird teuer: Eine Anfang November veröffentlichte Studie des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) beziffert die Kosten allein für die abgespeckte Regierungsversion der Energiewende in Deutschland

bis 2030 auf 860 Milliarden Euro – der BDI fordert dazu 280 Milliarden Euro Subventionen für die Industrie sowie eine neue „Klima-Außenpolitik“, um den Export „klimaneutraler Produkte“ zu forcieren. Im Maschinenraum der Außenpolitik, also beim Militär, nimmt es Berlin wie die meisten Staaten nicht so genau mit der

„Klimaneutralität“. Mit dem Kyoto-Abkommen von 1997 wurden die Treibhausgas-Emissionen des Militärs auf Druck der USA aus den Verhandlungen herausgenommen. Das Pariser Abkommen 2015 änderte daran wenig. Somit sind Friedensorganisationen auf Schätzungen verwiesen, die oft anhand des Treibstoffeinkaufs des Militärs berechnet werden und daher nur einen Teil des klimatischen Stiefelabdrucks abbilden. Für das US-Militär verzeichnete eine Studie für 2017 einen höheren Treibhausgas-Ausstoß als Länder wie Dänemark oder Schweden – nämlich 25 Millionen Tonnen CO₂ täglich. Das entspricht dem Ausstoß des EU-Militärs im ganzen Jahr 2019, wie eine Studie der Linksfraktion im Europaparlament zeigte.

Gleichwohl: Um allein die 115.000 Tonnen CO₂ zu binden, die die Eurofighter der Bundeswehr im Jahr 2018 in die Atmosphäre geblasen haben, bräuchte es neun Millionen Bäume. Die Daten für das US-Militär zeigen exemplarisch, dass der Klimakrise mit Reparaturmaßnahmen nicht begegnet werden kann, dass massive Abrüstung ebenso überlebensnotwendig ist wie ein grundlegender Umbau der Weltwirtschaft.

SCHLOSSPLATZUMBAU IN HANAU GESCHEITERT!

Die Firmen Terramag und Baugesellschaft Hanau haben um Auflösung ihres Vertrags mit der Stadt Hanau zum Umbau gebeten. Der Vertrag wurde „in beiderseitigem Einvernehmen“ umgehend aufgelöst und vom

Terramag GmbH hört man seit Monaten nichts mehr und Corona ist ja auch nicht neu.

Ob das „Haus des Handwerks“ so baufällig ist, wie seit Jahren behauptet erscheint auch fraglich. Ein Großteil des Gebäudes wird zumindest für die nächsten Jahre von verschiedenen Nutzern für ihre Arbeit genutzt.

Von städtischer Seite könnte man es auch so bezeichnen:

„Mit dem Scheitern des Schlossplatzumbaus kommen wir gut voran“



Das Vorhaben sei mit der bisherigen Ausrichtung nicht mehr wirtschaftlich, da sich die Tanzschule als Ankermieter Stadtparlament Anfang November abgesegnet. Was das Ganze die Stadt Hanau gekostet hat, werden wir nicht erfahren. Von der Firma

DIE WARE CORONA-IMPfstoff

Die Umsätze und die Gewinne der Pharmakonzerne, die sich auf dem internationalen Impfstoffmarkt bewegen, überflügeln die „normalen“ Kapitalerwartungen. Die Lobeshymnen dieser Konzerne, ihrer Aktionäre sowie der Börsen übertreffen sich gegenseitig.

BioNTech hat von 2020 bis zum ersten Halbjahr 2021 ein Umsatzplus von 10.000 Prozent zu verzeichnen. In dieser Zeit kletterte der Nettogewinn auf 3,9 Milliarden Euro. Der Börsenwert des Unternehmens stieg auf etwa 80 Milliarden Euro, was einer

Kurswertexplosion seit 2019 um 2.500 Prozent entspricht. Die Börsen erwarten, dass in fünf bis zehn Jahren der Wert des Unternehmens auf 430 Milliarden Euro ansteigen wird.

Die ganze Welt könnte spätestens Mitte 2022 gegen Covid-19 geimpft sein. Das Know-how und die Produktionskapazitäten wären vorhanden, wären da nicht die Behinderungen und Einschränkungen der auf Kapitalverwertung getrimmten Pharmakonzerne und der sie schützenden Staaten. Dieser kapitalistische Wahn- und Widersinn hat Methode. Er birgt einerseits tagtäglich die Gefahr der Entstehung von neuen und noch gefährlicheren Virusvarianten, auf



der anderen Seite eröffnet dieses verantwortungslose Handeln aber auch potenzielle neue Absatzmärkte und Gewinnmöglichkeiten mit neuen Impfstoffen, die dann auf die Virusvarianten zugeschnitten sind.

Die neuen mRNA- und Proteintechnologien eröffnen dabei die Möglichkeit, relativ rasch auf eine solche Entwicklung zu reagieren. Der eigentliche technologische Fortschritt wird zum Fluch durch den kapitalistischen Verwertungszwang.



AUS ZORN WURDE KAMPF

Tarifeinigung stößt Beschäftigte vor den Kopf

In den vergangenen Wochen beteiligten sich weit über zehntausend Beschäftigten im öffentlichen Dienst an den Streiks. 5 Prozent Lohnsteigerung, mindestens aber 150 Euro mehr war die Forderung aller Beschäftigten, im Klinikbereich ging es um 300 Euro mehr. Angesichts von Teuerungsraten sowie Arbeitsbelastung und -verantwortung ist es eigentlich viel zu wenig, hörte man immer wieder im Streik. Eine streikende Pflegekraft aus der Uniklinik Bonn brachte das so auf den Punkt: „Ich liebe das Arbeiten in der Notaufnahme, ich liebe die Patienten, ich liebe es, ihnen zu helfen. Ich habe das Gefühl, man macht das kaputt, was ich liebe, so dass ich einfach nicht mehr kann. Ich will, dass sich das ändert!“

14 Nullmonate

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder müssen 14 Monate warten, bis die Landesregierungen ihre Löhne und Gehälter zum 1. Dezember 2022 erhöhen werden. Statt einer Lohnerhöhung gibt es in dieser Zeit eine

steuerfreie „Corona-Sonderzahlung“ von 1.300 Euro. Das ist die Einigung über den neuen Tarifvertrag der Länder, der die ver.di-Bundestarifkommission am Montag mehrheitlich zugestimmt hat. An den Unikliniken werden ab Januar verschiedene Zulagen erhöht, den Angriff auf die Regeln zur Eingruppierung konnte die Gewerkschaft abwenden.

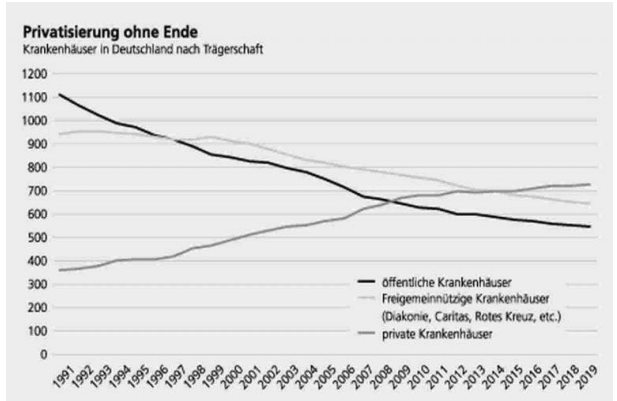
Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke wertete das als ein „in weiten Teilen respektables Ergebnis“ – die Sonderzahlung gleiche aus, dass die Erhöhung so spät komme. Die Erhöhung von 2,8 Prozent nannte er allerdings „absolut nicht befriedigend“. Über den Abschluss gebe es „viele Debatten“. In der Tarifkommission stimmten einige gegen die Einigung.

„Bild.de“ behauptete hingegen, es gebe ein „fettes Lohn-Plus“, die „FAZ“ wertete den Abschluss als „gelungenen Balanceakt“ und hob



hervor, „dass der Bonus das Tarifgefüge nicht dauerhaft anhebt“.

Im öffentlichen Dienst stehen die Gewerkschaften stärker als in anderen Branchen vor dem Problem, dass sich nur einen Teil der von einem Tarifvertrag erfassten Belegschaften organisieren und dafür gemeinsam einsetzen. In diesem Fall bedeutet das Ergebnis: Gerade die aktivsten Kollegen sind besonders unzufrieden.



SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN

Die DKP war solidarisch mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen in der Tarifrunde der Länder. Die Wut über die Haltung der Finanzminister der Länder, die trotz steigender Lebensmittel- und Energiepreise keinen Cent mehr rausrücken wollen, war riesig.

Insbesondere an den Unikliniken steht die Streikfront. Unter anderem in Münster, Düsseldorf und Dortmund verteilte die DKP Flugblätter und Soli-Erklärungen. In Essen erschien die zweite Streik-



Sonderausgabe der „Klinik-Pressen – Zeitung der DKP-Betriebsgruppe am Uniklinikum Essen“. In Berlin sprach ein Genosse zu den AWO-Beschäftigten im Ausstand.

In Frankfurt am Main (Foto DKP Frankfurt/Main) brachten die Kommunistinnen und Kommunisten zum Warnstreik neben der UZ auch Kaffee und Aufnahme-



anträge – für die Gewerkschaft ver.di.